

Die Stettiner Sparkasse.

Das Kuratorium der Stettiner Sparkasse hat, soviel man aus den vorliegenden Thatsachen schließen kann, die Erniedrigung des Zinsfußes von 3½ pCt. auf 2½ pCt. für Einlagen dadurch zu begründen versucht, daß eine Zahl von Hypotheken gekündigt werden müßte, daß demnach die Einnahme aus den Hypotheken sinken, und da die andern Anlagen der Gelder weniger gewinnbringend seien, auch die Gesamteinnahme der Sparkasse sich vermindern würde. Wollte man also die bisherigen Ueberschüsse der Sparkasse erhalten, so müßte man den Zinsfuß für Einlagen von 3½ auf 2½ pCt. heruntersetzen.

Diese Schlussfolgerung hat auf den oberflächlichen Anblick etwas Verlockendes; aber sie erweist sich bei näherer Beschichtigung als gänzlich irrig. Von den 1,299,530 Thlr. Einlagen der Sparkasse waren Ende 1865 nur 140,080 Thlr. Einlagen unter 50 Thlr., nur 449,130 Thlr. unter 100 Thlr., dagegen betragen für 850,500 Thlr. über 100 Thlr. Nun wird jeder Sachverständige einräumen, daß jeder Geschäftsmann Summen von mehr als 100 Thlr. viel lohnender anlegen könne, als zu 2½ pCt. gegen 3monatliche oder selbst 6monatliche Kündigung. Die Einlagen bei der Sparkasse würden also unzweifelhaft auf 449,130 Thlr. d. h. auf ein Drittel des jetzigen Betrages herabsinken, und würden also auch nur ein Drittel soviel Einnahme gewähren, als die jetzige Summe der Einlagen.

Daß dies richtig ist, beweist schlagend der Zustand der Sparkasse zu jener Zeit, als die Sparkasse nur 2½ pCt. Zinsen gewährte, d. h. aus den Jahren 1839 bis 1846. Uns liegen aus jener Zeit die Zahlen der Jahre 1843 und 1846 vor, nach diesen betragen die Einlagen: 1843 Einlagen 9811, Summa 306,448 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf., Mittel 32,25 Thlr., 1846 Einlagen 9329, Summa 314,359 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf., Mittel 33,69 Thlr.

Die Einlagen waren mithin in jener Zeit durchgehends nur klein, unter 50 Thlr., die Summe war unbedeutend, nur 300,000 Thlr. und gar nicht in Vergleich zu stellen mit den jetzigen Einlagen von 1,300,000 Thlr., der Gewinn der Sparkasse betrug in jenen Jahren trotz der niedrigen Zinsen der Sparkasse 1843 nur 4,320 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf., und der Sparkasse 1846 nur 5,059 Thlr. 28 Sgr. 2 Pf., während im Jahre 1865 der Gewinn der Sparkasse bekanntlich 21,367 Thlr. 13 Sgr. 4 Pf., d. h. das 4- bis 5fache des damaligen Gewinnes betragen hat. Dies sind Thatsachen, welche lauter sprechen als lange Entwicklungen und Beweise.

Jedermann sieht hieraus, daß die Vorschläge des Kuratoriums der Sparkasse gänzlich verfehlt sind. Eine Herabsetzung des Zinsfußes für Einlagen von 3½ Prozent auf 2½ Prozent wäre ein Todesstoß für die Sparkasse, wäre einer Vererbung der Stadt-Einkünfte gleich zu setzen und würde die Einkünfte der Stadt um ca. 15,000 Thlr. verringern. Wir hegen das Vertrauen zu unserer Stadtverordneten-Versammlung, daß sie einem solchen Vorschlage nimmer die Zustimmung geben werde.

Wie gesagt, die Zustände der Sparkasse werden durch solche Vorschläge, denen jedes Verständniß der vorliegenden Frage zu fehlen scheint, nicht gebessert. Auch die Krisis des vorigen Jahres wäre durch solche Vorschläge nicht beseitigt. Um eine solche Krisis ohne Verlust zu überwinden, dazu genügen nicht papierne Statuten, sondern Männer im Kuratorium, welche ein Verständniß der Fragen besitzen und nach diesem Verständniß zu handeln verstehen. Die vorjährige Krisis verdanken wir, wir wiederholen dies nochmals, nicht Mängeln des Statutes, sondern allein den Fehlern, welche das Kuratorium der Sparkasse begangen hat.

Deutschland.

Berlin, 19. März. Im Kronprinzlichen Palais fand gestern ein Dinner statt, an dem auch die Meininger Gäste theilnahmen. Anfangs Mai beabsichtigen der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin nach Coburg zu reisen und an der Feier der Silberhochzeit des Herzoglichen Paares theilzunehmen.

Der Großherzog und die Großherzogin von Baden, sowie der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen treffen heute Abend hier ein und werden im königlichen Schlosse Wohnung nehmen.

Durch die Zeitungen geht in den letzten Tagen die Nachricht, daß die Aussicht wäre, daß die Beratungen des Reichstages über den Verfassungsentwurf noch vor Ostern ihr Ende erreichen würden. In Abgeordnetenkreisen findet diese Ansicht wenig Glauben. Nimmt man an, daß der Reichstag, um den Fraktionen zu den Beratungen Zeit zu lassen, wöchentlich nur vier Plenarsitzungen hält und durchschnittlich in jeder Sitzung drei Artikel erledigt, so würden zur Behandlung der 71 Paragraphen allein 24 Sitzungen, oder zur Erledigung der Spezialdiskussion sechs Wochen erforderlich sein. In diese sechs Wochen hinein fällt nun aber das Osterfest und da es bisher üblich war, für die größeren Feste eine Ferienpause von ca. vierzehn Tagen eintreten zu lassen, so dürfte der Reichstag auch von diesem Usus nicht Abstand nehmen. Rechnet man nun ferner, daß einem jeden Abschnitt, mindestens aber einer jeden Gruppe von Abschnitten, eine Generaldiskussion wieder vorangeht, welche mindestens einen, größtentheils aber wohl zwei Sitzungstage in Anspruch nimmt, so würde das bei einer Anzahl von sieben Gruppen ca. zwölf Sitzungstage oder drei Wochen erfordern. Rechnet man nun endlich hinzu, daß nach Schluß der Spezialdiskussion die Beschlüsse zusammengestellt und durch den

Druck veröffentlicht werden müssen, sowie, daß die gedruckten Beschlüsse drei Tage in den Händen der Mitglieder sein müssen, bevor darüber endgültig beschlossen werden kann, so wird es einleuchten, wenn man in wohlunterrichteten Kreisen annimmt, daß der früheste Termin für den Schluß der Beratungen des Verfassungsentwurfs und den Schluß der Reichstagsession auf die Mitte Mai, möglicherweise auch auf Ende Mai angenommen wird.

Berlin, 18. März. (Norddeutscher Reichstag.) 14. Sitzung. (Schluß.) Abg. v. Sanger: Nach den Ausführungen des Hrn. Abg. Kautal könnte es scheinen, als wenn es sich bei der Provinz um ein polnisches Land handelte. Dagegen protestire ich, als gegen eine ganz unrichtige Thatsache. Die Bevölkerung ist schon jetzt zur Hälfte deutsch und zieht man noch andere Faktoren in Betracht, so kann es mit noch größerem Rechte ein deutsches Land genannt werden. Alles, was hier gesprochen wird, tönt weit über diesen Saal hinaus, und das nur ist der Grund, weshalb der Protest erhoben wird. Glauben Sie mir, würde die Provinz wirklich von Preußen getrennt, die jetzt Protestirenden würden die ersten Petenten sein zur Aufnahme der Provinz in den norddeutschen Bund. Bei der Theilung Polens handelte es sich nicht darum einen wirklich lebensfähigen Staat mit Gewalt zu zerstören. Polen war ein in Verwesung begriffener Körper. Sobald Polen der Basal Auslands würde, war Preußens Existenz in Gefahr. — Abg. Dr. v. Rigolewski. Die Völker sind nicht bestimmt gegen einander, sondern für einander zu wirken. Gerade die Polen sind die Vormauer der Civilisation gewesen. Die Freiheit von Fremden geboten ist kein Ersatz für die Selbstständigkeit. Der Kulturzustand Polens kann nach seinem guten Schutzes beurtheilt werden. Ich provoziere auf die Aften im Ministerium, daß gerade in Polen am willigsten die Emanzipation der Bauern ertragen worden ist. Unser Protest ist klar und einfach und steht auf dem Prinzip der Nationalität. Er stützt sich aber auch auf die verbrieften Rechte des Wiener Kongresses.

Abg. Frhr. von Unruhe-Womst (für den Artikel): Ich erkenne die Gefühle der Herren Protestirenden an und ehre dieselben. Ich halte die Herren nicht für berechtigt, im Namen der ganzen Provinz zu sprechen. Der westliche Theil der Provinz ist deutsch, und selbst die Hauptstadt „ist ersprechend deutsch geworden.“ Das deutsche Element drängt nach Osten und Sie haben in diesem Kampfe das Terrain verloren. (Zweiter Vice-Präsident Abg. v. Bennigsen übernimmt das Präsidium.) Die Geschichte hat bereits Polen aus der Reihe der selbstständigen Staaten gestrichen. Wollen Sie das Zustandekommen des norddeutschen Bundes hindern, oder Polen abschließen? Gegen Beides spricht die ganze geschichtliche Entwicklung Preußens. Was Preußen gewonnen hat, und die Provinz Polen hat es vollständig gewonnen, das hat es Deutschland gewonnen, und darum soll und muß die preussische Staat ganz und ungetheilt in Deutschland aufgehen. Geben Sie Ihre Negation gegen unsere Arbeit auf, vereinigen Sie sich mit uns, gemeinsam das Werk zu schaffen, dessen Wohlthaten auch Ihnen zu Theil kommen werden. — Abg. Mottu (zur Geschäftsordnung): Der Herr Präsident hat einer Petition aus der Stadt Polen Erwähnung gethan, ohne den Namen des Petenten zu nennen. — Präsident Simson: Ich glaube angeführt zu haben, daß als Petent verzeichnet ist ein Lokal-Wahlcomitee. — Abg. Krüger: verliest einen auf die Einverleibung Nordschlesiens bezüglichen Protest.

Bundes-Präsident Graf Bismarck: Die Grenzen des norddeutschen Bundes sind nicht, wie der Herr Vordrner meinte, zweifelhaft. Wird die Verfassung, wie sie gegenwärtig liegt, angenommen, so wird die Grenze diejenige sein, die im Wiener Frieden zwischen Dänemark und Deutschland stipulirt worden ist. Ein Recht, die Ausführung des Prager Friedens von uns zu fordern, hat nur der Kaiser von Oesterreich, nicht jeder Einwohner Schleswigs. Die Grenze, die gegen Dänemark gezogen wird, wird abhängen von dem Interesse des preussischen Staates. (Bravo!) Wird zur Feststellung dieser Linie eine Uebereinstimmung mit Oesterreich gefordert, so würden wir uns dieser Verhandlung nicht entziehen. In den Verhandlungen mit Oesterreich und Dänemark müssen ja mancherlei Verhältnisse aufgelöst werden; die Bundesverfassung kann aber nicht so lange aufgeschoben werden, bis zur Ausübung der Bestimmungen geschritten werden kann. — Abg. Franke: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat die Ereignisse, deren Folge die Vertretung Schleswigs im Reichstage ist, mit lauter Freude begrüßt. Früher ward es nicht bezweifelt, daß die dänischschleswiger doch Schleswiger bleiben wollten. Der verständige Nordschleswiger will dies auch noch heute. Im Uebrigen halte ich nicht den Reichstag, sondern das preussische Abgeordnetenhaus in dieser Angelegenheit für kompetent. — Staatsminister v. Hoffmann (Vertreter des Großherzogthums Hessen): Auch ich hoffe, daß sich der Main wird überbrücken lassen. (Bravo!) Eine besondere Schwierigkeit liegt darin, daß nördlich vom Main auch Theile von Rheinhessen liegen. In Rheinhessen gilt aber das französische Recht. Daher jene Bemerkung im Schlußprotokoll, auf die der Herr Vordrner Bezug genommen hat. — Abg. Dr. Micheli: Ich habe mich nicht gegen die Vorlage, sondern nur zu §. 1 zum Wort gemeldet. Dies möchte ich nachträglich berichtigen. Der Schlußantrag fällt.

Abg. Donimirski: Wir sind nicht gegen die Einheit der preussischen Monarchie. Aber wir sind Polen und wollen Polen bleiben. (Eine Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird abgelehnt.)

Frhr. v. Hammerstein: Ich schließe mich dem Amendement des Abg. Carlomag an, nur möchte ich eine Erläuterung, daß Souveräne zu Gunsten erberechtigter Linien verzichten können. (Auf: Abal)

Präsident der Bundes-Kommissionen Graf v. Bismarck: Ich will nur zu einer kurzen sachlichen Berichtigung das Wort nehmen, da der Herr Vordrner meine Aeußerungen von heute mißhört hat. Ich habe nicht von Befreiungen des hannoverschen Adels gesprochen, den ich mit dem polnischen parallelisirte, sondern von den vielen Schwierigkeiten, die manche Eingegessenen früherer Territorien in Deutschland hätten, die günstige frühere Lage des Adels in diesen Territorien heut zu vergessen. — Abg. Schrap (gegen Art. 1): Es ist keineswegs richtig, daß, wie der Herr Graf Bismarck gesagt hat, wir alle dazu gewählt sind, um den norddeutschen Bund auf der Basis des Verfassungsentwurfs zu begründen. Ich habe vielmehr meinen Wählern gesagt, daß ich gegen diesen Entwurf stimmen werde, und bin eben deshalb von ihnen gewählt. Diese Versammlung hat ja nur den Charakter einer beratenden. Rechtsbefähigt ist für mich immer noch und einzig und allein die Reichsverfassung von 1849. Der vorstehende Entwurf, über den sich eine Anzahl von Regierungen verständigt hat, läßt es zweifelhaft, ob seine Urheber an die Dauer ihres Werkes glauben. Von Luxemburg und Limburg ist in ihm gar nicht die Rede, diese Gebiete sind verloren, wie das Elsaß. Vor einiger Zeit konnte der Graf Bismarck über seine guten Beziehungen zu Frankreich noch beruhigende Auskunft geben: Ob er dazu noch jetzt im Stande ist, ist zweifelhaft. Schleswig geht zum Theil verloren, Holland hört auf, ein Glied von Deutschland zu sein und der Rheinprovinz widersährt damit ein Unrecht, das sie nicht verdient hat (Unruhe). Das bloße Besatzungsrecht in Luxemburg würde nicht nützen; Oesterreich hätte auch in Ferrara ein solches Recht, aber was kam dabei heraus? — Präsident der Bundes-Kommissionen Graf v. Bismarck: Ich freue mich, daß der Herr Vordrner mir Gelegenheit giebt, von dieser Stelle den abjurden Verdächtigungen unserer Beziehungen zu Holland, die in einem Theile der Presse sich breit gemacht haben, entgegenzutreten. Ich weiß nicht, wer ein Interesse dabei gehabt hat, die Ansicht zu verbreiten, als ob Holland oder ein Theil des holländischen Gebietes von Preußen, von Deutschland her bedroht würde, als ob irgend ein preussischer Staatsmann jemals daran gedacht hätte, den Holländern ihr Besitzthum zu beneiden oder zu beeinträchtigen. Vielleicht hat die darüber entstandene Befürchtung das für die K. niederländische Regierung erfreuliche Resultat gehabt, bei der Ab-

stimmung über das dortige Militärbudget die Abgeordneten geneigter zu machen. (Heiterkeit.) Aber dieser Rücksicht kann ich doch nicht allein den Ursprung dieser Gerüchte zuschreiben, als ob wir Holland bedroht hätten, Gerüchte, die so vollständig aus der Luft gegriffen sind, daß mit keinem Buchstaben jemals der mindeste Anlaß gegeben ist, der einer solchen Erfindung auch nur die Haarsbreite Raum darböte, auf der eine Lüge Fuß fassen könnte.

Wir haben mit Holland — mit den Niederlanden, will ich mich richtiger ausdrücken — bei Gelegenheit des Ausbruchs des Krieges über Luxemburg eine kurze Auseinandersetzung gehabt. Die Großherzoglich luxemburgische Regierung folgte nicht unserem Beispiel, sich vom damaligen deutschen Bunde zu trennen, nachdem die Kriegserklärung vom 14./16. Juni erfolgt war; sie blieb in der Versammlung, sie associirte sich also gewissermaßen der Kooperation, die mit uns im Kriege war, sie fuhr fort, dazu zu gehören. Ich habe über diesen Punkt eine Auseinandersetzung mit dem Königl. niederländischen Herrn Gesandten gehabt, der, obgleich er kein direktes, strenges Mandat dazu hatte, doch ex mandato praesumpto die luxemburgische Regierung hier mit vertrat. Wir waren dabei einig, daß, juristisch genommen, wir uns im Kriege mit Luxemburg befanden, daß wir aber beiderseitig kein Interesse hätten, diesen Krieg zu führen, und wir glaubten uns Beide auf's Wort, daß wir nicht auf einander schließen würden. (Heiterkeit.) Daß selbst damals in diesen Vorgängen der Linie irgend eine Befürchtung für Holland, eine Bedrohung der Niederlande gelegen haben könnte, kann ich nicht annehmen, das sind vorübergehende Dinge. Bekannt ist, daß die Königlich niederländische Regierung wünscht, das Band, welches einen Theil ihres unmittelbaren Gebietes, einen Theil der Provinz Limburg seit einer Reihe von Jahren mit umfaßt, gelöst zu sehen; sie hatte darüber schon in Frankfurt bestimmte Anträge gemacht. Wir haben die Ueberzeugung, daß, wenn wir mit Entschiedenheit darauf bestanden hätten, die Niederlande sollten für Limburg beitreten, wir dadurch den Niederlanden einen Anlaß zur Besorgniß gegeben haben würden, indem es dann ja eben wiederum darauf ankäme, die Zertheilung einer staatlichen Einheit herbeizuführen, die die polnischen Herren Abgeordneten der preussischen Monarchie anthon wollten, bei dem tiefer einschneidenden System des jetzigen Bundes. Wir haben diese Zumuthung nicht gestellt, ebensowenig ist uns in Bezug auf Luxemburg jemals ein Wunsch des dortigen Souveräns, der dortigen Regierung, der dortigen Einwohnerchaft ausgesprochen worden, für dieses Großherzogthum dem norddeutschen Bunde anzugehören. Man könnte im ganz strengen Wortsinne annehmen, daß nach der Analogie der Friedensschlüsse, die wir mit Meiningen, mit Neuch gemacht haben, schließlich vielleicht sogar ein Friedensschluß mit Luxemburg möglich wäre. Aber diese indirekte Kriegserklärung, die im Verweilen Luxemburgs im Bunde lag, hat gar keine Folgen gehabt, weder einen Kampf noch einen Friedensschluß. Unsererseits ist auf die Zugehörigkeit Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland weder verzichtet worden, noch ist sie als ein Rechtsgrundlag ausgesprochen worden. Wir können den Souveränen, die dem Bunde nicht beitreten wollen, keine Gewalt und keinen Zwang anthun. Wenn einer der übrigen Souveräne, mit denen wir uns jetzt im Bunde befinden, sich nachhaltig und entschieden geweigert hätte, dem norddeutschen Bunde beizutreten, ich glaube doch, die geographische Situation eines solchen Staates müßte sehr zwingend ihrer Natur nach auf uns gewirkt haben, wenn wir hätten einen Druck auf solche Regierung ausüben sollen in einer Lage der europäischen Verhältnisse, wo wir ebenso wie die anderen Großmächte das Interesse haben, den Zander, der den Frieden Europas in Brand stecken könnte, in keiner Weise zu vermehren. Ich kann deshalb nur konstatiren: von Seiten Luxemburgs ist uns niemals die Abstich und der Wunsch ausgesprochen worden, dem norddeutschen Bunde beizutreten, von Seiten Limburgs ist uns entschieden der Wunsch ausgesprochen worden, in dieser Beziehung nicht beihilft zu werden.

Abg. v. Pennig (für Art. 1): Zunächst muß ich der Ausführung des Herrn Abg. von Hammerstein entgegengetreten, als ob der Kronprinz von Hannover erberechtigter wäre auf das Herzogthum Braunschweig. Selbst wenn die Erbberichtigung Hannovers zu Recht bestanden hätte — was bekanntlich auch bestritten ist, — so ist es eben so richtig, daß die Erbberichtigung nicht an der Person des Fürsten, sondern am Staate haftet. Wenn die Frage aber zweifelhaft ist, so muß die Entscheidung wohl der braunschweigischen Ständeversammlung überlassen bleiben. Ich bin nun von den drei braunschweigischen Vertretern ausdrücklich beauftragt, zu erklären, daß in Braunschweig kein Schritt darauf schließen läßt, daß man irgendwie die Erbfolge des Kronprinzen von Hannover wünsche, sondern daß das Land im Gegentheil einen energischen Widerspruch dagegen erheben würde. Die Ritter und Städter in Polen waren keine Freiheitshelden, sondern Junker und Pfahlbürger; sie strebten nicht nach Freiheit, sondern nach den Fleischtöpfen des Adels und der Patrizier, und es kam ihnen nicht darauf an, zu diesem Behufe das Recht zu unterdrücken. Derartige Bestrebungen sind nicht zu vergleichen mit den Bestrebungen der Fortschrittspartei, die doch wohl das Verdienst hat, die nationale Bewegung in Fluß gebracht zu haben, und welche veruchte, auf friedlichem Wege das zu erreichen, was die Regierung jetzt auf anderem Wege gethan hat. Nicht minder glücklich ist der Herr Ministerpräsident mit der Warnung gewesen, die er uns aus der Geschichte Polens entgegengehalten hat, indem er sagte, „die Geschichte Polens beweise deutlich, wie gefährlich die Wucherpflanze der Freiheit für die staatliche Existenz werden kann.“ Wo in aller Welt war denn in Polen die Freiheit? Dort gab es Privilegien und keine Freiheit, und ich möchte den Begriff von Freiheit, den der polnische Adel hatte, entschieden von uns zurückweisen.

Präsident der Bundes-Kommissionen, Graf v. Bismarck: Schlußhaufen: Ich bemerke nur, daß die Polen selbst in dem polnischen Staate doch die Unabhängigkeit des Einzelnen als das wahre Kriterium ihre Freiheit ansahen. Ich erinnere mich einen polnischen Wappenspruch gelesen zu haben, der, wenn ich richtig citire, ungefähr so lautete: „penes Regem majestas — das äußerliche Ansehen ließen sie ihm — penes senatum auctoritas, penes nationem libertas.“ Das war das Einzige, was sie für die Nation in Anspruch nahmen, aber sie erschlugen mit dieser Freiheit eben die staatliche Existenz. Wenn der Herr Vordrner der heutigen Fortschrittspartei in Preußen das Lob ertheilt, daß sie sich niemals mit fremden Bestrebungen eingelassen habe, so rechnet er offenbar die polnischen Bestrebungen nicht zu den fremden, es sind einheimische. Ich erinnere mich wenigstens, daß ich f. Z. vor etwa 4 Jahren in einem sehr bitteren und anstrengenden Kampfe der verbündeten und Fortschrittspartei auf einem andern Boden gegenüber gestanden habe. (Sehr richtig! Bravo rechts!) Der Antrag auf Schluß wird wiederum eingebracht. — Abg. Fries fragt den Präsidenten, da er mit der preussischen Geschäftsordnung noch nicht genügend vertraut sei, ob mit angenommenem Schluß auch die Debatte über das Amendement Carlomag geschlossen sei. — Der Präsident bejaht dies. — Der Schluß wird abgelehnt. — Abg. Ahlmann (Däne, gegen Art. 1): Redner ist auf der Journalistentribüne bei der im Hause herrschenden Unruhe sehr schwer verständlich. Das nordschleswigsche Volk, führt er aus, hat unter Dänemark zu leiden und glücklich gelebt und wünscht dringend eine Wiedervereinigung. — Abg. v. Carlomag (für Art. 1) bekräftigt sein Amendement, welches die Integrität der deutschen Länder auch nach außen hin dokumentiren solle. Seine Ausführungen sind jedoch in ihrem Zusammenhang auf der Journalistentribüne nicht verständlich. Luxemburg, führte er weiter aus, dürfe unter keinen Bedingungen aufgegeben werden, da es eine der stärksten Vormauern Deutschlands gegen den Westen sei, und sein Anschluß an den Bund von großer Tragweite für die Sicherheit Deutschlands sei. Er müsse deshalb sein innigstes Bedauern darüber aussprechen, daß man allem Anscheine nach diese deutsche Provinz verloren gehen lassen wollte. Es sei allerdings einer der größten Fehler des alten deutschen Bundesstaates

die Zulassung der nichtdeutschen Fürsten zum Bundestage gewesen; es werde sich aber wohl in irgend einer anderen Weise eine, wenn auch zunächst lockere Verbindung dieses deutschen Landestheiles herstellen lassen. — Präsident der Bundeskonferenz Graf Bismarck: Der Herr Vorredner hat ungeachtet meiner mündlichen Versicherung über die Beziehungen Preussens zu Süddeutschland das Schreckbild aufgestellt eines Bündnisses zwischen den süddeutschen Staaten und dem Auslande gegen Preussen. Ich will deshalb zu dem, was ich bereits angedeutet, noch hinzufügen, daß diese Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland im Friedensschlusse bereits vertragmäßig verbürgt sind. (Beifall.) — Der Herr Vorredner hat eine eigenthümliche Neigung verrathen, fiktive und schwierige Fragen zu berühren. Er hat es selbst nicht für vorthellhaft gehalten, daß außerdeutsche Souveräne am Bunde theilhaftig sind, und trotzdem vorgeschlagen, den Großherzog von Luxemburg zuzuziehen (Allseitiger Ruf: Nein! Nein!) oder gar, ihm das Großherzogthum abzunehmen. (Widerpruch.) — Redner hat ferner den Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich die Siege nicht genug ausgebeutet hätte; ich bebaure, daß mir sein Rath damals nicht zur Seite gestanden hat; es wäre vielleicht geschehen. Die Luxemburger Frage kann der Vorredner übrigens noch auf seine Hand lösen, und wenn er den Großherzog bewegt, beizutreten, so hat er wenigstens den Ruhm, eine europäische Frage geschaffen zu haben; ob etwas Weiteres, muß ich dahin gestellt sein lassen.

Der Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Kantak: Der Herr Ministerpräsident hat eine Behauptung, die ich in einer früheren Debatte gethan, daß sich die katholische Geistlichkeit in der Provinz Posen von der Wahlbewegung fern gehalten habe, zu entkräften versucht. (Der Präsident unterbricht den Redner mit der Erklärung, daß die Widerlegung eines Redners keine persönliche Bemerkung sei.) Gegen den Abg. v. Unruhe-Bornst bemerkte ich persönlich, daß die Wiederherstellung Polens bei mir kein Traum, sondern ein Glaube ist. — Abg. v. Danimirski: Der Umstand, den Abg. v. Hennig gerügt hat, daß einige deutsche Wähler in meinem Wahlkreise sich durch den Nationalitätsstolz nicht so weit haben treiben lassen, daß sie gegen ihre politische Ueberzeugung stimmten, ist ein Beweis dafür, daß dieselben auf einer höheren Stufe der politischen Bildung stehen, als der Redner. (Der Präsident unterbricht den Redner.) — Abg. Motzy bittet um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Der Präsident verweigert es ihm Anfangs, da sein Name nicht genannt worden sei, gestattet es ihm aber in Folge seiner Erklärung, daß sich aus seinen Worten ergeben werde, daß er Veranlassung dazu habe. Abg. Motzy: Der Herr Ministerpräsident hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir die Vertreter der Adelspartei wären; ich protestire dagegen; wir sind die Vertreter des ganzen Volkes. (Als Redner noch fortfahren will, unterbricht ihn der Präsident mit der Bemerkung, daß es keine persönliche Bemerkung sei, und spricht zugleich sein Bedauern darüber aus, daß die Geschäftsordnung nicht striktere Bestimmungen hierüber enthalte. Disharmonien zwischen ihm und dem Hause seien so bei seinem ohnehin schon schwierigen Amte fast unvermeidlich.) — Abg. v. Hammerstein verwarft sich gegen die Auslegung seiner Worte durch den Abg. v. Hennig; er habe nur ganz allgemein geredet und den Kronprinzen von Hannover nicht erwähnt. — Abg. v. Carlowitz erklärt, daß Graf Bismarck seine Worte über den Zutritt Luxemburgs zum Bunde falsch verstanden habe. (Der Präsident unterbricht ihn, da er die Schranke der persönlichen Bemerkung überschreite.) — Abg. v. Kiegosowski verwarft den polnischen Adel gegen verschleudernde Angriffe, die er in der heutigen Debatte erfahren, und würde er sich freuen, wenn in allen Nationen der Adel auf gleicher Stufe stünde. (Der Präsident unterbricht ihn.) — Abg. v. Hennig wendet sich zunächst gegen den Abg. v. Danimirski mit der Bemerkung, daß er „Nationalhaß“ überhaupt nicht kenne; gegen den Ministerpräsidenten bemerkt er, daß der Vergleich des Zusammengehens der Fortschrittspartei mit den Polen nicht passe. (Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß dies keine persönliche Bemerkung sei.) Der Herr Ministerpräsident hat jedenfalls die Worte, daß die Fortschrittspartei im Verein mit den Polen ihm entgegengetreten sei, speziell auf mich bezogen; denn ich selbst war mit in der Lage, mit den Abgeordneten der polnischen Nationalität gegen die Ausführung der im russisch-preussischen Bündnisse festgesetzten Bedingungen zu protestiren zu müssen, und ich habe dies gethan, weil ich die polnischen Preussen eben so gut für preussische Staatsbürger hielt, wie mich selbst. (Der Präsident unterbricht den Redner wiederum.) — Der Präsident theilt mit, daß von den Abgg. Dr. Wigard, Schaffrath, Heubner und Nidel (Sachsen) eine Erklärung eingegangen sei, wonach sie auf die Einbringung eines Amendements, betr. die Erweiterung des Bundes auf die süddeutschen Staaten, fürs Erste verzichtet hätten, sich dies aber für später vorbehalten. Dasselbe wird dem stenographischen Bericht beigegeben. — Abg. v. Vincke (Hagen) protestirt dagegen, da die Geschäfts-Ordnung solche Erklärungen gar nicht kenne.

Der Präsident erwidert, daß die Abgeordneten wohl das Recht hätten, wenn eine namentliche Abstimmung nicht stattfinde, solche Erklärungen abzugeben. — Der Präsident scheidet zur Abstimmung. Der Antrag des Abg. v. Bodam-Dolffs, die Worte „mit Lauenburg“ in Art. 1 zu streichen, wird mit großer Majorität abgelehnt. Desgleichen wird mit allen Stimmen gegen die der beiden Antragsteller, der Polen und sehr vereinzelter Abgeordneter, wie v. Wallendorf, abgelehnt der Antrag der Abgg. Abmann und Krüger, am Schluß des Art. 1 hinzuzufügen: „Zum Bundesgebiet nicht gehörig sind diejenigen Districte des Herzogthums Schleswig, deren Bevölkerung das Recht der freien Abstimmung über ihre Zugehörigkeit vertragmäßig gewährt ist.“ Ferner wird mit demselben Verhältnisse der Stimmen abgelehnt das Unter-Amendement der Abgg. Abmann und Krüger zu dem Antrage v. Carlowitz: „Obiger Verpflichtung sind überhöhen diejenigen Bundesglieder, die bereits über die Abtretung von Territorien an auswärtige Souveräne vertragmäßige Pflichten übernommen haben.“ Die Abstimmung über den Antrag des Abg. v. Carlowitz selbst (am Schluß des Art. 1. hinzuzufügen: „Sämmtliche Bundesglieder verpflichten sich gegenseitig dahin, daß sie eine etwaige freiwillige Abtretung ihrer, auf einem Bundesgebiete bestehenden, Souveränitätsrechte ohne Zustimmung der Gesamtheit nur zu Gunsten eines Mitverbündeten vornehmen wollen“) ist zweifelsfrei. Es muß zur Zählung der Stimmen geschritten werden, welche ergibt, daß der Antrag mit 145 gegen 113 Stimmen abgelehnt ist. (Die Polen stimmten gegen ihn.)

Schließlich wird Art. 1 des Verfassungs-Entwurfs unverändert mit sehr großer Majorität angenommen. (Dagegen die Polen, die Abgg. Abmann und Krüger.)

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Tages-Ordnung: Abschnitt II des Verfassungs-Entwurfs.)

Hannover, 16. März. Vom General-Gouvernement ist unterm 7. d. eine Verfügung erlassen, derzufolge höherer Orts bestimmt ist, daß die Noten der hannoverschen Bank, sowie das Papiergeld der Stadt Hannover vom 1. April d. J. an, bei den Staatskassen mit Ausnahme der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenkassen, bei denen die Zulassung bis auf Weiteres gestattet ist, nicht mehr angenommen werden sollen und daß, falls die Einlösung erheblicher Beträge bei der hiesigen Bank in Frage kommen sollte, die letztere so zeitig als nur irgend möglich zu benachrichtigen ist.

Braunschweig, 16. März. Verschiedene Blätter sagen, der Geh. Rath Liebe sei um seiner Preussensfreundlichkeit willen aus dem Ministerium entlassen worden, und bringen dies zusammen mit dem Gerücht, daß dem Kronprinzen von Hannover die Erbfolge in Braunschweig hätte gesichert werden sollen, was aber an der „Hartnäckigkeit des Königs Georg“ gescheitert sei. Zunächst bleibt die Sache noch unklar.

Stuttgart, 16. März. Der „Eb. Ztg.“ wird aus Stuttgart geschrieben: Der württembergische Minister des Innern, Herr v. Gessler, hielt bei dem Festmahle zu Ehren des Königs-Geburtstags eine Rede, in welcher folgender Passus vorkam: „Ich gedenke der Nothwendigkeit, im Interesse des Gesamt-Vaterlandes Opfer zu bringen, zu deren Hingabe der deutsche Sinn Sr. Maj. des Königs bereit ist, so weit es Deutschlands Ehre und Deutschlands Wohlfahrt erfordert.“ Noch unumwundener sprach sich bei der gleichen Gelegenheit der Oberbürgermeister von Stuttgart, Herr

Sid, aus, welcher, wie Herr v. Gessler vor seinen Bekannten, vor der Bürgerchaft aussprach: „Württemberg muß zwar einer höheren Ordnung sich einfügen, diese Lehre des letzten Sommers ist unwiderleglich; aber als würdiges Mitglied tritt es in diesen Kreis.“ Herr Sid ist zwar Gemeindevorsteher, aber er ist einer der Intimen aus der Umgebung des Königs und insofern mit den Strömungen in den höchsten Kreisen wohl bekannt.

Ausland.

Wien, 16. März. Hr. Frhr. v. Heß befindet sich in der Besserung. Der Verlauf der Krankheit ist jetzt ein günstiger, der Kräftezustand befriedigend.

(Sp. 3.) Die Aufgabe, die sich Herr v. Beust aufgeladen, ist, wie wir das schon mehrfach dargelegt haben, eine ungemein schwierige. Es geht uns darüber u. A. folgendes Schreiben zu: Die Stellung des Herrn v. Beust ist leider eine sehr schwierige geworden; mit Ausnahme des Erzherzogs Rainer, welcher das Talent des Premiers zu schätzen weiß, hat Freiherr v. Beust alle Erzherzöge und den ganzen hohen Adel gegen sich; man wirft ihm vor, daß er den Ungarn gegenüber zu weit gegangen sei und begreift nicht, daß Herr v. Beust nicht mehr die Mittel besaß, die losgelöste Lavine aufzuhalten. Herr v. Beust sucht zu retten, was noch zu retten ist, er bemüht sich, nicht ohne Erfolg, den Polenschwindel in Galizien zu hemmen, die Deutschen und Tschechen in Böhmen zu versöhnen und etwaigen Bewegungen zum Abfalle des österreichischen Serbien vorzubeugen. Zu diesem Zweck arbeitet Hr. v. Beust an einer Verständigung mit Frankreich und Rußland. Gelingt die serbische Bewegung, so kann leicht ein neues serbisches Reich entstehen, dem außer dem türkischen Serbien, Bosnien und der Herzegowina, auch österreichisch Serbien, Ragusa und der ganze illyrisch-dalmatische Küstenstrich zufallen könnten. Um eine solche Katastrophe zu verhindern, ist es nöthig, namentlich mit Rußland Verabredungen zu treffen, welche im Falle der Auflösung des türkischen Reiches, die österreichischen Interessen in Bosnien und der Herzegowina sicher stellen.

Wesib, 16. März. Die Deputirtenversammlung hielt heute eine Sitzung, in welcher der Präsident über den Empfang der Landtagsdeputation durch den König referirte und die Rede des Erzbischofs Bartakovic und die Erwiderung Sr. Maj. verlesen wurde. Letztere wurde mit enthusiastischen Eifens aufgenommen, besonders die Stelle über die Integrität und konstitutionelle Freiheit des Landes.

Paris, 16. März. Von der für den heutigen Geburtstag des kaiserlichen Prinzen erwarteten Amnestie für Pressevergehen ist im „Moniteur“ nichts zu lesen. — Herr Benedetti hatte vorgestern eine lange Konferenz beim Kaiser. — Der neue Gouverneur von St. Cyr, General Gondrecourt, hatte vor einiger Zeit eine sehr scharf-antrifflische Rede beim Begräbniß eines polnischen Offiziers gehalten. Baron Budberg nahm Gelegenheit, sich darüber beim Kaiser zu beschweren und die Absetzung des Generals zu verlangen. Letzteres wurde freilich nicht zugestanden, aber der Kriegsminister Niel erhielt den Auftrag, den Gouverneur der Militärschule scharf zu tadeln.

Konstantinopel, 15. März. Ein Schreiben aus Melitza vom 7. entwirft eine erschütternde Schilderung von dem Unglück, welches die Insel in Folge des an jenem Tage stattgefundenen Erdbebens getroffen hat. Die halbe Stadt liegt in Trümmern; u. A. stürzten auch das Lazareth und die Gefängnisse zusammen, und unter den Ruinen der letzteren wurden die meisten Gefangenen begraben. Die Stöße dauerten mit immer größerer Heftigkeit fort und die Bewohner flüchteten an das Meeresufer. Aus dem Mittelpunkte der Insel steigt dicke Rauch empor; es hat den Anschein, als ob die ganze Insel dem Untergange geweiht sei. Auch in Smyrna fanden am 7. und 9. heftige Erderschütterungen statt, die in Magnesia, Adramiti, Aivali, den Dardanellen, Gallipoli und Konstantinopel ebenfalls fühlbar waren.

Konstantinopel, 17. März. Mustapha Fazyl Pascha hat abermals an den Sultan ein Schreiben gerichtet, das ein förmliches Manifest zu Gunsten der Einführung des konstitutionellen Systems in der Türkei ist. Zugleich hat er einen von ihm ausgearbeiteten Verfassungsentwurf im Namen der „Jungtürken“ eingereicht. Beides machte bei der Pforte große Sensation.

Pommern.

Stettin, 19. März. Innerhalb der General-Direktion der pommerschen Landschaft schweben, wie die „Dff.-Ztg.“ berichtet, Verhandlungen wegen Verpfändung des nicht ritter-schaftlichen Grundbesitzes. Eine bereits im vorigen Jahre ernannte Kommission aus Deputirten der vier Departements hat unter dem Vorsitz des Herrn v. Heyden-Carlrow ein Statut entworfen, wonach die jetzt bestehende Landschaft (d. h. der Verband der Rittergüterbesitzer) mit ihrem angesammelten Vermögen, ihren Beamten und ihrer auf langer Erfahrung beruhenden Sachkenntnis ein Institut ins Leben rufen soll, welches den ländlichen nichtritterschaftlichen Liegenschaften einen unkündbaren, möglichst wohlthätigen Realcredit ermöglichen wird. Dies neue Kreditinstitut würde von dem alten (der jetzigen Landschaft) so lange zu leiten sein, bis es einen eigenen Reservefonds von 1/4 Million angesammelt hat. Dann soll eine Generalversammlung der Beteiligten entscheiden, ob es ferner im Anschluß an die alte Landschaft sich fortentwickeln, oder fortan auf eigenen Füßen stehen will und kann. — Die General-Direktion hat, wie verlautet, diesen Entwurf im großen Ganzen gut gefunden, und wird ihn im Laufe des Sommers einem General-Landtage vorlegen.

In der vorgestrigen Versammlung des, wie neulich berichtet, niedergesetzten provisorischen Comités in der Pariser Ausstellungsangelegenheit wurde beschlossen, an Männer der verschiedensten Berufsclassen unserer Stadt das Ersuchen zu richten, sich der Förderung des beabsichtigten Unternehmens zu unterziehen. Aus der Zahl jener demnächst zu einer Versammlung zusammen tretenden Männer soll dann auch definitiv ein Comité gebildet werden, in dessen Hände die ganze fernere Leitung der Sache gelegt wird.

Die unvorbereitete Gr., welche erst kürzlich an zwei hintereinander folgenden Tagen in einem und demselben Hause Kleberdiebstahl verübte, nahm gestern wiederum in der Wohnung einer Gendarmvermüthlerin die Gelegenheit zur Ausführung eines Diebstahls wahr, der indessen sofort entdeckt wurde. Auf die Verhaftung des Revier-Kommissarius und dessen Frage: ob sie denn

das Stehlen gar nicht unterlassen könne, versicherte die Diebin unter einem Strom von Thränen, daß sie auch nicht wisse, worin bei ihr die Neigung zu Diebstählen beruhe, „es müsse auf dieselbe wohl der Mondwechsel von Einfluß sein“. Letzteren Einwand dürfte der Strafrichter wohl schwerlich als stichhaltige Entschuldigung gelten lassen.

Konzert.

Das erste der von Herrn Bilse veranstalteten Konzerte fand am gestrigen Abend im Saale des Schützenhauses statt. Die Kapelle des Herrn Bilse, die weit über die Grenzen ihrer schlesischen Heimath hinaus sich eines bedeutenden Rufes erfreut, legte auch diesmal ein glänzendes Zeugnis ab für die treffliche Leitung, unter der sie steht. Sämmtliche Nummern des reichhaltigen Programms wurden mit einer vorzüglichen Präcision ausgeführt, und heben wir unter denjenigen Piecen, welche namentlich durch die subtile Behandlung des piano und decrescendo bei einer so zahlreichen Kapelle besondere Bewunderung erregten, die Variationen aus dem A-dur-Quartett von Beethoven und die Träumereien aus den Klavierstudien von Schumann hervor, welche letztere ebenso wie das originelle und allgemeine Heiterkeit erregende Perpetuum mobile von Strauß da capo gegeben wurden. Die Meditation über Bachs erstes Präludium von Gounod fand trotz des trefflichen Vortrags in Folge ihres etwas fragmentarischen Charakters eine minder begeisterte Aufnahme, als das schöne Thema erwarten ließ. — Der Besuch des Konzertes war ein so zahlreicher, daß der große Saal allein die Menge der Zuhörer nicht faßte.

Bermischtes.

Danzig, 16. März. Der schon erwähnte Raubmordprozess gegen Mathe, Embacher und 21 Genossen ist gestern Abend zum Schlusse gekommen. Es wurden (nach einstündiger Beratung der Geschworenen) vom Gerichtshof die Angeklagten Mathe und Schbinowski (von denen der eine bei dem Raube in Gr.-Waldorf bei Danzig, der andere bei dem Raube in Seefeld bei Berlin einen Mord verübte) zum Tode verurtheilt; ferner wurden die Angeklagten Embacher, Porzeng, Lisakowski, Schmude, Schablewski und Hein zu lebenslänglichem Zuchthaus, die Angeklagten Klatt, Ziermen, Prohl und Kengenfeld zu je 15 Jahren und 10 Jahr Polizeiaufsicht, der Dupki zu 2 Jahren, die Frau Göry zu 2 Jahren, der Bar Auerbach zu 3 Jahren, der Angeklagte Karnowski zu 6 Jahren und der Glowinski zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, vier andere mit geringeren Gefängnißstrafen belegt, während nur einer der Angeklagten, der Handelsmann Abraham Schwarz, freigesprochen und sofo t der Haft entlassen wurde. Zu den von der Anklage berührten 12 Verbrechern gehörte auch der bei dem Prebiger Hartig in Karwin bei Köslin ausgeführte Raub. (In Bremen sind soeben auch drei Verbrecher aus Danzig verurtheilt worden.)

Die italienischen Journale sprechen von einer interessanten Erfindung eines talentvollen und sehr unterrichteten jungen Mannes, Namens Felice Baglia, welche in der Schifffahrt eine bedeutende Revolution hervorrufen wird. Nach einem neuen Systeme soll die Berührung des Windes eine große Ersparniß von Segeln zulassen und selbst der „contraire Wind“ so benützt werden können, daß das Schiff mit derselben Geschwindigkeit wie bei günstigem Winde fortgetrieben würde.

Viehmärkte.

Berlin, Am 18. März c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1863 Stück. Export-Geschäfte nach dem Auslande waren nur sehr schwach vertreten, weshalb sich die Durchschnittspreise gedrückt als vorige Woche stellten, Prima-Qualität konnte nur 16 Thlr., Mittel 12 bis 14 Thlr., ordinäre 8—10 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen.

An Schweinen 2931 Stück, welche zwar bei lebhaftem Verlebr doch nur zu mittelmäßigen Preisen ihre Abnehmer fanden, setzte seine Kennwaare wurde vorzugsweise gekauft und mit 16—17 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt, Export-Geschäfte fanden nicht statt.

An Schafvieh 2905 Stück, welche selbst zu gedrücktten Preisen nicht aufgeräumt werden konnten, und stellten sich die Preise für beste Waare 3 Prozent niedriger als vorige Woche.

An Kälbern 1036 Stück, wofür sich die Preise ebenfalls nur mittelmäßig gestalten.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 18. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Im Aufgehn: Robinsons, Robinson von Sunderland. Wind. S. D. vier 14 F. Strom ausgehend.

Viel Treibeis herunterkommend. Abgegangen nach dort 10 1/2 Uhr Ariel, Erdbe, welche vom soeben eingetroffenen Staffa im Haff gelehen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. März. Witterung: stürmisch, trübe. Temperatur: — 3° Nachts — 6° R. Wind: W.

Weizen anfangs höher, schließt niedriger, loco pr. 85 Pfd. gelber und weißer 83—89 $\frac{1}{2}$ bez., geringer 72—82 $\frac{1}{2}$ bez., 83—85 Pfd. gelber Frühjahr 86 1/2, 86 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Mai-Juni 85 1/2, $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Juni-Juli 84 $\frac{1}{2}$ bez., 83 1/2, $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.

Erste schlechte loco pr. 70 Pfd. 47—48 $\frac{1}{2}$ bez., 69—70 Pfd. Frühjahr 48 $\frac{1}{2}$ bez.

Safer loco pr. 50 Pfd. 29 1/2—30 $\frac{1}{2}$ bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 31 $\frac{1}{2}$ bez.

Erbsen loco 53—54 1/2, $\frac{1}{2}$ bez., Futter- Frühjahr 54 1/2, $\frac{1}{2}$ bez.

Rübol still, loco 11 1/2, $\frac{1}{2}$ bez., April-Mai 11 1/2, $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.

Obd., September-Oktober 11 1/2, $\frac{1}{2}$ bez.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 16 1/2, $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 16 1/2, $\frac{1}{2}$ bez. u. Obd., Mai-Juni 16 1/2, $\frac{1}{2}$ bez., $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 16 1/2, $\frac{1}{2}$ bez.

Hamburg, 18. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco höher gehalten, beschränktes Geschäft, auf Termine höher. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 154 1/2, Bankothaler Br., 153 1/2, Obd., pr. Frühjahr 150 Br., 149 1/2, Obd., Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 91 Obd., pr. Frühjahr 90 Br., 89 1/2, Obd., Hafer sehr fest. Del fest, pr. Mai 25 1/2, pr. Oktober 26 1/2. Spiritus unverändert. Kaffee stille. Zink sehr stille.

Amsterdam, 18. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine 1 1/2, $\frac{1}{2}$ höher. Rapps pr. April —, pr. Oktober 69 1/2, Rübol pr. Mai 37, pr. Oktober-Dezember 39.